

Jahrbuch Band 114

**Historischer
Verein für das Fürstentum
Liechtenstein**
hwst

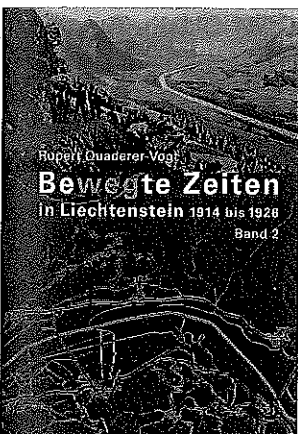
Band 114
Vaduz, Verlag des Historischen Vereins
für das Fürstentum Liechtenstein, 2015

Liechtenstein-Institut NZ 350502-114
Bibliothek

Bewegte Zeiten in Liechtenstein

Rupert Quaderer-Vogts Standardwerk zur liechtensteinischen Geschichte zwischen 1914 und 1926

Konrad Kindle



Rupert Quaderer-Vogt: *Bewegte Zeiten in Liechtenstein 1914 bis 1926*. Drei Bände. Vaduz, Zürich, 2014.

Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Vaduz, und Chronos Verlag, Zürich. 2027 Seiten. Illustriert. Gebunden. ISBN 978-3-906393-68-1 (Historischer Verein) ISBN 978-3-0340-1214-0 (Chronos Verlag) Preis: CHF 148.–

Wann begann in Liechtenstein eigentlich die Moderne? Für eine Festlegung dieses schillernden sozialwissenschaftlichen Begriffs bieten sich mehrere Epochen an. Der Rezensent würde sie autobiographisch auf die Jahre legen, als die Kuhherden aus dem Dorfbild verschwanden und die Schüler nicht mehr sonntags in die Kirche mussten. Als das zu Beginn der 1970er-Jahre eintrat, war das agrarisch-katholische Milieu der traditionellen Gesellschaft jedoch längst schon ausgehöhlt. Die Industrie hatte bereits hundert Jahre früher Fuss gefasst und die Finanzdienstleistungsbranche nach dem Zweiten Weltkrieg zu ihrem Höhenflug angesetzt. Und die politische Moderne? Beginnt sie mit den durch Französische Revolution und Napoleon ausgelösten Reformen im Rheinbund oder mit der ersten eigentlich modernen Verfassung von 1862? Der Verfasser des hier zu besprechenden Werks legt einen anderen Einschnitt nahe: Die Jahre von 1914 bis 1926. Es sind die «bewegten Zeiten» in Liechtenstein, ein Modernisierungsschub ohne Gleichen.

Dr. Rupert Quaderer-Vogt, geboren 1942, Bürger von Schaan, muss den Leserinnen und Lesern dieses Jahrbuchs nicht mehr vorgestellt werden, bereits oft war er mit eigenen Beiträgen in diesen Seiten vertreten. Er ist ein bestens bekannter und ausgewiesener Spezialist für die Geschichte Liechtensteins, Mitglied der kleinen, aber hochkarätigen und produktiven Historikergilde dieses Landes. In seinem Berufsleben fühlt er sich der Forschung und der Lehre gleichermaßen verpflichtet: Seit seiner Dissertation von 1968 («Politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein von 1815 bis 1848») hat er in zahlreichen Publikationen, Aufsätzen und Tagungsbeiträgen den Wissensstand über die liechtensteinische Geschichte vermehrt. Das vorliegende Buch, drei umfangreiche Bände von zusammen über 2000 Seiten, sollte jetzt sein Hauptwerk werden. Es entstand seit 1990 am Liechtenstein-Institut in Bendern im Rahmen eines langjährigen Forschungsauftrags an den Verfasser mit dem Ziel einer umfassenden, nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichteten Untersuchung der Geschichte Liechtensteins vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zur innenpolitischen Krise von 1926. Es scheint im Rückblick abenteuerlich, einer einzigen Forscherpersönlichkeit eine Arbeit zuzumuten, die man heute in enger definierte Einzelbereiche wie Verfassungsgeschichte, Parteiengeschichte, Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik etc. auf-

teilen würde. Die Mühe und das Warten haben sich aber gelohnt.

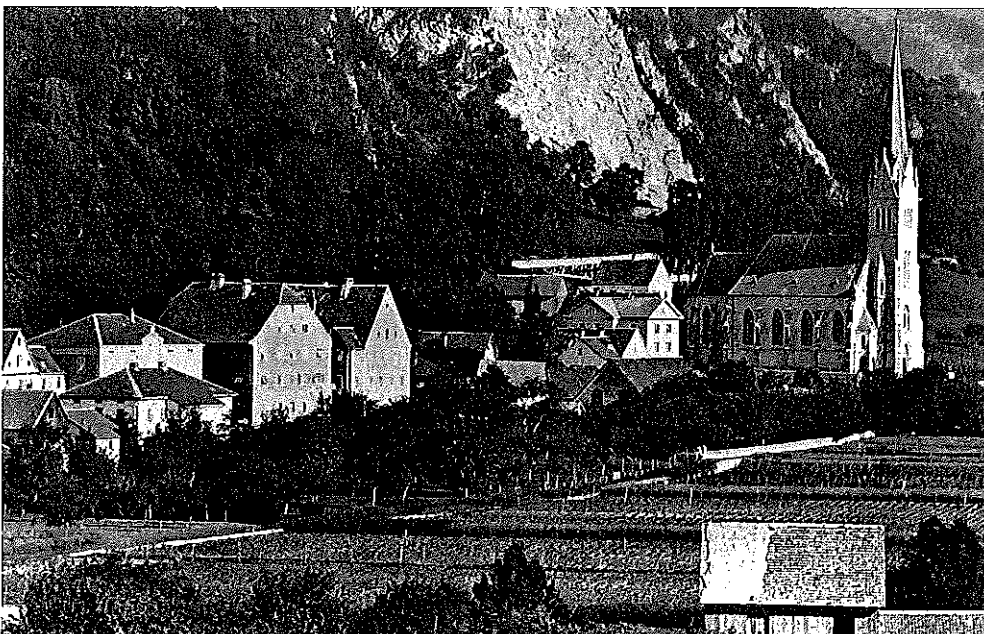
Immer wieder hat Quaderer sein berufliches Können, seine Expertise und seine Reputation wissenschaftlichen Institutionen und Projekten zur Verfügung gestellt: unter anderem dem Historischen Verein als Vorsitzender (1996–2005), dem Landesmuseum, dem Historischen Lexikon, dem Liechtenstein-Institut. Er arbeitet indes nicht für den wissenschaftlichen Elfenbeinturm, sondern war und ist immer daran interessiert, seine Forschungsergebnisse der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln; davon zeugen über die Jahre zahlreiche gut besuchte Vortragsveranstaltungen. Jahrzehntelang war er auch Geschichtslehrer am Liechtensteinischen Gymnasium. Was er seine Schüler dort lehrte? Die Liebe zum Detail und Denken in grösseren Zusammenhängen; die Pflege der heimatlichen Geschichte; den Respekt vor den Leistungen der Vorfahren; die Würdigung der Zivilcourage vor Thron und Altar; den Beleg von allen Aussagen; die Trennung von Tatsachen und Meinungen; die Abneigung gegen jegliches ideologische und ungefähre Gerede und Geschreibe. – All das findet sich jetzt auch hier in diesem Buch wieder.

Um die Bewertung vorwegzunehmen: Es handelt sich um ein Meisterwerk, eine historiographische Glanzleis-

tung, die auf Jahrzehnte hinaus die Referenz für die Beschäftigung mit dem behandelten Zeitraum der liechtensteinischen Geschichte abgeben wird. Es tritt in der Chronologie vor, im Rang neben die Bücher von Peter Geiger über die Jahre 1928 bis 1945.

Das Werk ist in elf Hauptkapitel gegliedert, wobei das erste (A, Vorgeschichte) und letzte (K, Zusammenfassende Einordnung) den Rahmen abgeben. Die Kapitel B, C, und D behandeln die Zeit des Ersten Weltkriegs, das Kapitel E den innen- und aussenpolitischen, F den wirtschaftlichen Neubeginn. In Kapitel G wird die aussenpolitische, in H die innenpolitische Entwicklung bis ins Jahr 1926 weitergeschrieben. Kapitel I fokussiert Kultur und Gesellschaft und J bietet Kurzbiographien der gestaltenden Persönlichkeiten der Zeit.

Die zentrale Metapher, mit welcher der Autor seinen Untersuchungszeitraum kennzeichnen möchte, sind «Weg» und «Bewegung». Sie steht für die Neuorientierung in wichtigen Bereichen der Innen-, Aussen- und Wirtschaftspolitik, wie auch das verschärfte Tempo, unter welchem diese Veränderungen sich realisierten. Es werden die Entscheidungssituationen herausgestellt werden, unter denen sich «Umwege, Abwege, Irrwege und Erfolgswege» (Band I, S. 18 f.) herausbildeten. Dem Autor ist die Problematik einer so weitgefächerten Darstellung be-



Amtsviertel und Pfarrkirche in Vaduz, um 1903 – kurz vor dem Bau des Regierungsgebäudes.

2

usst: Er kann lediglich einen Ausschnitt, ein «Mosaik» (Band I, S. 21) vermitteln, das der Leser mit interpretieren, vor seinem inneren Auge vervollständigen muss. Er strebt an, der historischen Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen, ohne einen Wahrheitsanspruch zu erheben» (Band I, S. 18). Schon in der Einleitung bedauert der Autor in diesem Sinn, dass auf seinen vielen Seiten Frauen elten vorkommen, was in ihren dazumal fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten liege. Immerhin bekommt die Frauenfrage im dritten Band dann noch ein eigenes kurzes Kapitel – ein Anknüpfungspunkt für künftige Forschungsprojekte. Genauso zentral ist die Frage der Ausgewogenheit auf einem anderen Feld: der Parteipolitik. Tatsächlich ist die damals entstandene Konkurrenz, ja eine bis ins Persönliche hineinreichende Feindseligkeit der beiden Lager ein bedrängendes Thema. Der Autor teilt sich ihm mit der sichtbaren Anstrengung zur historischen Gerechtigkeit, hält die ganze Zeit seinen nüchternen Tonfall «sine ira ac studio» durch, versucht zu Händeln des Lesers Pro und Contra gleichermassen zu positionieren, ohne seine Sympathie für die jeweils fortschrittlichere, fairere Seite gänzlich zu unterdrücken.

In der behandelten Periode geriet der Kleinstaat Liechtenstein durch das vom Weltkrieg beeinflusste Umfeld in Bewegung, neue Situationen verlangten nach ei-

ner Reaktion, neue Ideen forderten ihre Umsetzung. Eine zentrale Frage betraf die Monarchie: Obwohl der regierende Fürst Johann II. grosses Ansehen genoss, ja als sakrosankt galt, wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit seine Rechte zugunsten der Volksrechte eingeschränkt werden sollten. Der zweite zentrale Punkt war die plötzliche Isolation des Landes nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Die innenpolitische Neuorientierung wurde in einem längeren, kontradiktorischen Prozess vom erzwungenen Rücktritt des Landesverwesers im November 1918 über die Parteigründungen bis zur Erarbeitung der Verfassung von 1921 erreicht. Aussenpolitisch musste das Land überhaupt erst einmal aktiv werden, um dann mit der Eröffnung von Botschaften in Bern und Wien mit dem Hintergrund eines durch die Kriegsfolgen materiell geschwächten Fürstenhauses eine neue Wirtschaftspartnerschaft mit der Schweiz einzugehen (Zollanschluss- und Währungsvertrag). Äusserst anspruchsvoll war die Suche nach Auswegen aus der Krise von Wirtschaft und Staatsfinanzen – unter dem Vorzeichen, dass qualifizierte Fachkräfte weitgehend fehlten. Trotzdem fand sich eine Reihe von Einzelpersonen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung nehmen konnten: Neben dem Fürsten etwa Josef Peer, Josef Ospelt, Emil und vor



Bauernfamilie in Mauren,
um 1925.

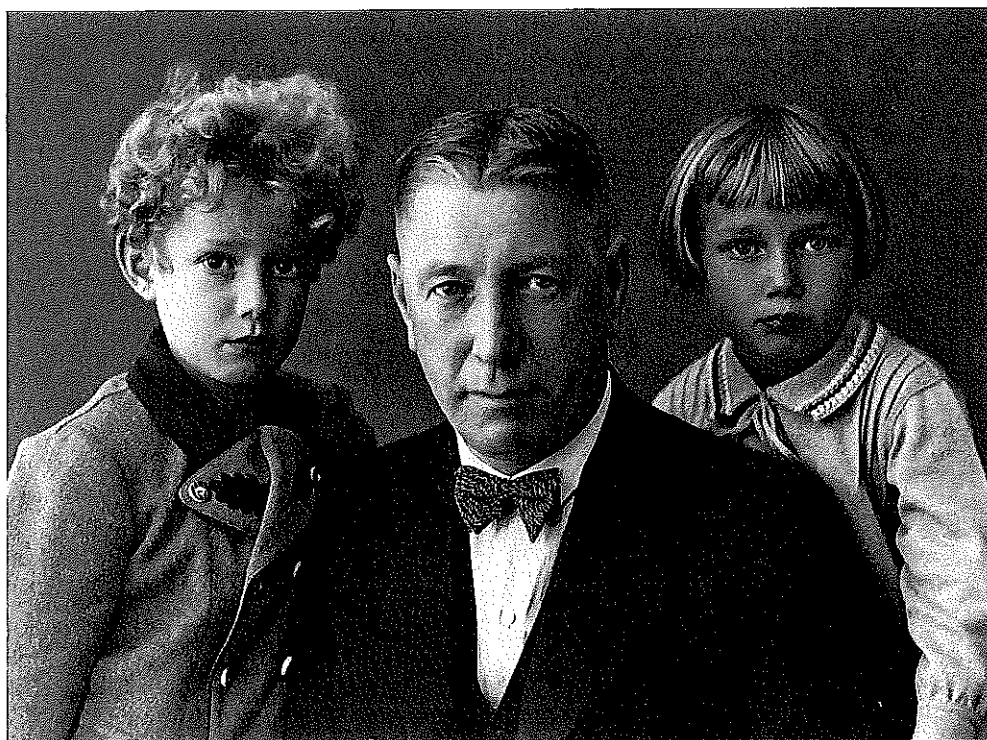
allem Wilhelm Beck. Der Verfasser kommt zur abschließenden Bewertung, dass in diesem Zeitraum von zwölf Jahren trotz mancher Irrwege eine für Jahrzehnte prägende Weichenstellung für die staatliche Existenz Liechtensteins gelungen ist.

Es ist wegen der Breite und Tiefe dieses Werks nicht möglich, es im Rahmen einer Rezension repräsentativ vorzustellen – dazu dient das detaillierte Inhaltsverzeichnis – oder gar zu kommentieren. Das hat auch der Verfasser selbst im Rahmen der Buchpräsentation am 16. Februar 2014 gar nicht erst versucht, sondern sich auf einige Kostproben beschränkt. Seinem Beispiel folgend werde ich aus jedem Band eine subjektive Auswahl treffen, in der Hoffnung, mögliche Schwellenängste vor der Lektüre zu beschwichtigen.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen für Liechtenstein

Allein der erste Band, der Liechtenstein im Ersten Weltkrieg behandelt, kann sich getrost neben dem Besten se-

hen lassen, was im Gedenkjahr 2014 in den Nachbarländern jeweils zu diesem Thema publiziert wurde. Obwohl das Land vor direkten militärischen Eingriffen verschont wurde, war die Bewältigung der Auswirkungen eine existenzielle Herausforderung. Die traditionelle Verbindung mit Österreich im Zollvertrag bewirkte, dass die Sympathien der öffentlichen Meinung nach dem Attentat von Sarajewo und dem Kriegsausbruch einhellig bei den Mittelmächten waren: Für sie wurde gesammelt und gespendet. Mehrere Personen meldeten sich zur Armee, zum Roten Kreuz oder zum Ernteeinsatz nach Süddeutschland. Vielleicht war es diese Stimmung, die die Regierung bei Kriegsausbruch einen gravierenden Fehler begehen liess: Sie versäumte es die eigene Neutralität formell bei allen am Krieg teilnehmenden Staaten zu deklarieren. Daran laborierte die Politik noch jahrelang und machte es nötig, sich sukzessive von Österreich abzugrenzen. Unter anderem auch, weil das Fürstenhaus seine tschechischen Besitzungen zu verlieren drohte, bemühte sich die Regierung nach dem Krieg fieberhaft um Zugang zur Pariser Friedenskonferenz und zum Völkerbund, was beides nicht gelang. Immerhin wurde aber im



Wilhelm Beck (1885–1936) mit seinen Kindern Ivo und Gertrud.

Staatsvertrag von St-Germain, der unter anderem die österreichische Westgrenze bestätigte und mit der Erwähnung Liechtensteins als Westanrainer indirekt die Souveränität des Fürstentums anerkannte.

Aufgrund des Drucks der Entente-Staaten hielt die Schweiz während der ganzen Kriegszeit an ihrer restriktiven Haltung hinsichtlich der Lebensmittellieferungen an Liechtenstein fest. Die Stimmung begann zu kippen: Für die Kirchweihsonntage vom 15. und 22. November 1914 wurde keine Bewilligung für die Abhaltung «öffentlicher Tanzbelustigungen» erteilt (Band I, S. 161). Auch die Lebensmittelzufuhr aus Österreich wurde eingeschränkt, die Kronenwährung begann an Wert zu verlieren, es mangelte an Rohstoffen und Erwerbsmöglichkeiten. Eine «Landesnotstandskommission» wurde angewiesen, eine weitgehende Eigenversorgung mit Lebensmitteln sicher zu stellen, deren gerechte Verteilung zu garantieren, Höchstpreise und Unterstützung für Bedürftige festzulegen. Die Touristen verliessen das Land. Die Zahl der Autos, die 1916 vom Ausland nach Liechtenstein fuhren, betrug 41, 1917 noch 16 (da musste man Glück haben, eines zu sehen). Die Verknappung der Lebensmittel führte innerhalb der Bevölkerung zu gravierenden Spannungen: die Bauern waren durch die steigenden Lebensmittelpreise bevorteilt, die Lohnempfänger litten unter der Teuerung. Im «Liechtensteiner Volksblatt» wurde im Oktober 1918 in einem Artikel unter dem Titel «Äganotz fresset der Botz» der zunehmende Egoismus angeprangert; ein Leserbriefschreiber drohte:

«Wer heute als Bauer seine Pflicht nicht tut, gehört hinter Schloss und Riegel» (Band I, S. 325).

Es wurde die Beschlagnahme von Lebensmitteln verlangt, sowie auch die Einrichtung von Suppenanstalten. Gemäss einem Artikel im «Liechtensteiner Volksblatt» vom August 1918 zeigten sich bei kleinen Schülern Merkmale von Unterernährung, was sich darin äusserte, dass manchen Kindern in der Schule übel wurde (Band I, S. 282). Die Schilderung über täglich 30 bis 40 hausierende Triesenberger – dort wütete zusätzlich die Tuberkulose – in den «Oberrheinischen Nachrichten» bezeugten gleichfalls die herrschende Not:

«Landauf landab suchen die Berger, Männlein und Weiblein, Burschen und Mädchen, ja sogar Schulkinder die Häuser ab nach Lebensmitteln, vornehmlich Türken und Türkenmehl» (Band I, S. 303)

Der Ernst der Lage wurde auch in der Nachbarschaft registriert, wo die «Werdenberger Nachrichten» Liechtenstein als «verlassen und einsam» schilderte, dessen Bevölkerung sich mit «bemerkenswerten Gleichmut in die enge Lage schicke und sich durch eine mit vorbildlicher Energie geleiteten Eigenversorgung über Wasser zu halten» versuche (Band I, S. 302).

So eine Konstellation machte natürlich das legendäre Schmuggelwesen lukrativ. Illegal über die Grenze geschafft wurde vor allem der künstliche Süsstoff Saccharin und Tabak. Die Ware wurde meist in selbstgebauten Booten über den Rhein gebracht und im Land selbst oder in Österreich verkauft. Ein schwieriges, ja lebensgefährliches Unterfangen. In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1916 wollte David Steger aus Balzers Gummibänder, deren Verkauf ihm 1200 Kronen Gewinn erbracht hätte, unterhalb des Mäler Steinbruchs über den Rhein schmuggeln. «Infolge der starken Strömung geriet das Boot beim Übersetzen in einen Wirbel...». Wie es ausging, können Sie in Band I auf Seite 457 nachlesen.

Innen- und aussenpolitischer Neubeginn ab 1918

Der zweite Band behandelt den Neubeginn in der Innen-, Aussen- sowie Wirtschaftspolitik. Dieser wäre so nicht möglich gewesen und so nicht verlaufen ohne die Visionen, den Scharfsinn, das soziale Engagement, das gesetzgeberische Können und die Willenskraft eines Mannes: Wilhelm Beck (1885–1936). Der Triesenberger Rechtsanwalt verkörperte wie kein anderer den Geist des Neuen im Land und verhalf ihm zum Durchbruch. Er gründete 1914 die erste oppositionelle Zeitung im Land, die «Oberrheinischen Nachrichten» und initiierte 1918 die erste Partei, die Christlich-soziale Volkspartei. Er wirkte in mehreren politischen Positionen, als Abgeordneter im Landtag und schliesslich als dessen Präsident. Bis 1928 war er auch Verwaltungsratspräsident der Sparkassa, der Vorläuferin der Landesbank, die dann sein Stolperstein wurde – doch das ist der andere, der tragische Teil seiner Geschichte, der an dieser Stelle nicht weiter zu behandeln ist. Die Geschichte, die Rupert Quaderer erzählt, schildert einen Mann, dessen Tatkraft nicht zu bremsen war. Und obwohl von Anfang an umstritten, als insgeheimer Gegner von Monarchie und Kirche ver-

dächtig, mussten ihn seine Kritiker – war es schiere Kompetenz, war es Charisma? – sowohl im Fürstenhaus wie in der Bürgerpartei oft einfach «machen lassen».

Nach der Darstellung der Formierung der Christlich-sozialen Volkspartei und der Fortschrittlichen Bürgerpartei samt Programmatik fokussiert Quaderer seine Erzählung auf den 7. November 1918, an welchem ein «umstürzlerisches Zwischenspiel» stattfand. Ein Putsch, ja eine Revolution im Fürstentum Liechtenstein? Betrachten wir zunächst die Ereignisse im selben zeitlichen Umfeld: In Deutschland hatte am 3. November mit dem Matrosenaufstand in Kiel die Revolution begonnen. Am 9. November wurde die Abdankung des deutschen Kaisers verkündet; am 11. November endete der grosse Krieg mit einem Waffenstillstand. Seit am 28. Oktober in Prag die Tschechoslowakische Republik ausgerufen worden war, befand sich Österreich-Ungarn in Auflösung; am 11. November verzichtete Kaiser Karl «auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften». In Vorarlberg hatte am 3. November eine provisorische Landesversammlung die Selbstständigkeit des Landes erklärt. In Buchs streikte das Bahnpersonal; der vom Landesgeneralstreik noch nervöse Bundesrat verlegte Militär in den Ostschweizer Raum. In Liechtenstein überquerten fliehende Kriegsgefangene und entlassene Soldaten die Grenzen. Die Ver-

sorgungslage der Bevölkerung war prekär, im Oktober und November wütete die spanische Grippe besonders stark.

Unter diesen Umständen beschloss die Opposition in Liechtenstein nach dem Motto «Liechtenstein den Liechtensteinern» den Rücktritt des Landesverwesers Imhof zu erzwingen, um dann eine aus nur Liechtensteinern bestehende Regierung zu bilden. Das war zweifellos alles verfassungswidrig. Als treibende Kraft steht hier nicht unbedingt Wilhelm Beck im Zentrum, sondern Martin Ritter, gebürtiger Liechtensteiner, in Innsbruck niedergelassener Rechtsanwalt. In Gesprächen im kleinsten Kreis wurde Druck auf Imhof ausgeübt, im Landtag die Vertrauensfrage zu stellen. Am 6. November berief Landtagspräsident Albert Schädler auf Verlangen der Volkspartei eine Sitzung ein, mit der Begründung, dass die Grenze zu Vorarlberg von Soldaten bedroht sei und Liechtenstein die Hilfe der Schweiz brauche. Um diese neuen Herausforderungen zu meistern, sei Imhof als Österreicher indes nicht der geeignete Mann.

Beim Landtag in Vaduz trafen sich am 7. November 1918 viele erwartungsvolle Menschen. Landesverweser Leopold von Imhof schlug im Verlauf seiner Erklärung dann tatsächlich dem Landtag vor, zurückzutreten und bis zu weiteren Entscheidungen des Fürsten einen provi-



Landstrasse in Schaan, mit dem Gasthaus Rössle, um 1914.

sorischen Vollzugsausschuss zu bilden. In der Abstimmung erhielten Martin Ritter zwölf Stimmen, Wilhelm Beck und Emil Batliner je neun. (Der Letztere nahm die Wahl nicht an und wurde am 12. November durch Franz Josef Marxer ersetzt.) Imhof übergab die Amtsgeschäfte sofort interimistisch dem Ausschuss, und war «auf einmal der Gegenstand allgemeiner Sympathien» (Band II, S. 82). Nachdem schon im Verlauf der Diskussion verfassungsrechtliche Bedenken erhoben wurden, legten die drei vom Fürsten ernannten Abgeordneten ihre Mandate nieder.

Als am 12. November 1918 der Landtag zur Feier des 60-jährigen Regierungsjubiläums von Fürst Johann II. wieder zusammen trat, stellte der neue Vorsitzende der Regierung, Martin Ritter, sein Regierungsprogramm vor: Sie sei eine «Volksregierung», die ihre Geschäfte «streng nach dem Willen des vom Volk gewählten Landtags in Übereinstimmung mit dem Landesfürsten» ausüben werde. Er kritisierte die bisherige Regierungsform als «verkappten Absolutismus», durch den das Volk Liechtensteins für unfähig erklärt worden sei «sein Schicksal ... selbst in die Hand zu nehmen» (Band II, S. 97). Am Tag danach erfolgte dann die Reaktion des Fürsten aus Wien: Er enthob Imhof vom Amt des Landesverwesers, nahm aber «die Fortführung der Amtsgeschäfte durch den provisorischen Ausschuss vorbehaltlich näherer Auskunft zur Kenntnis» (Band II, S. 99). Das war wohl eine recht distanzierte, abwartende Auskunft, die unterschiedliche Interpretation zulies. Am 23. November erfolgte dann die definitive Entscheidung: Imhofs Rücktritt wurde angenommen, aber Imhof wurde damit beauftragt, die Amtsgeschäfte provisorisch fortzuführen. Der Fürst war darüber hinaus damit einverstanden, «die Wünsche des Landtages bezüglich des Ausbaues der Verfassung im Sinne der Erweiterung der Volksrechte entgegenzunehmen» (Band II, S. 103). Die Lage im Land war explosiv, zwei feindselige Lager standen sich gegenüber, es waren Gewalttätigkeiten zu befürchten: «Einer habe vor Wut aus den Zähnen geblutet, da er offenbar zu stark darauf gebissen» habe (Band II, S. 113). Die Lage entspannt sich erst, als der Fürst am 13. Dezember seinen Neffen Prinz Karl zum neuen Landesverweser ernennt, auf dessen mit dem Landtag abgestimmtem Neun-Punkte-Programm der Weg zu einer neuen Verfassung unumkehrbar beschritten wurde. – Die Ereignisse des 7. Novembers 1918, in deren Mittelpunkt die Wahl eines pro-

visorischen Vollzugsausschusses stand, waren damit Geschichte. Welchen Stellenwert nimmt dieses besondere Datum in der Geschichtsschreibung ein? Der Verfasser untersucht in einer «kritischen Einordnung» zunächst penibel die Motivation der beteiligten Personen und versucht dann eine begriffliche Klärung. War es eine Revolution, ein Staatsstreich, eine Usurpation, oder ein Putsch? Weder noch: «So können wir die Vorgänge vom 7. November als ein teilweise verfassungswidriges Aufbegehren gegen verkrustete, reformbedürftige Verfassungsinhalte bezeichnen» (Band II, S. 132). Man scheut sich fast, seiner Gelehrsamkeit ein «Ja, aber» entgegenzusetzen. Ich würde dann doch von einem Putsch oder Staatsstreich reden wollen – wenn auch von einem halberzigen, nicht mehrheitsfähigen und letztlich gescheiterten Putsch. Zum ersten wurden die Vorgänge von einigen ernstzunehmenden Zeitgenossen so gesehen und bezeichnet. Zum zweiten ging es tatsächlich nicht direkt gegen den unantastbaren Fürsten Johann II., wohl aber um die Macht vor Ort – zu einer Zeit, als die erwähnten äusseren Umstände sich noch massiv in eine andere Richtung hätten bewegen können. Und zum dritten führt eine zu grosse Skrupulosität in der Anwendung sozialwissenschaftlicher Begriffe dazu, dass wir sie auf unseren Kleinstaat überhaupt nicht mehr anwenden können – als Beispiel dafür sei der Begriff «Gewalt» genannt.

Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis 1926

Der abschliessende dritte Band führt die Entwicklung der Innen- und Aussenpolitik bis ins Jahr 1926 fort. Das Kapitel zu Kultur und Gesellschaft rundet das universalgeschichtlich orientierte Projekt ab. Innenpolitisch wird die Arbeit der Volkspartei in der Regierung gewürdigt, in der Wilhelm Beck als Landtagspräsident und Gustav Schädler als Regierungschef die treibenden Kräfte waren. Es ist dies eine höchst lohnende Lektüre, weil der Verfasser uns diese Partei auf ihrem Höhepunkt zeigt: Ungetrübt von den Prismen von 1928, 1936, 1939 und 2003, aufgrund derer die besten Leistungen dieser Partei bis heute in der Öffentlichkeit wenig oder nur verzerrt bekannt sind. Zu nennen sind etwa folgende Gesetze: das Gesetz über die politischen Volksrechte, das Gesetz über den Staatsgerichtshof, das Gesetz über das Lawenawerk,

sowie – nicht zuletzt – das Personen- und Gesellschaftsrecht. Wilhelm Beck hat auch dieses geschaffen, er ist damit wohlhabend geworden (Beck vertrat 1928 einen Drittel aller eingetragenen Sitzgesellschaften). Wilhelm Beck hatte damit aber auch den Boden für das gelegt, was lange Zeit als das liechtensteinische Erfolgsmodell gegolten hat.

Rupert Quaderer lässt sein Buch 1926 ausklingen, einem Jahr, in dem der Landtag zweimal gewählt werden musste, weil die Opposition ihren Kandidaten als Regierungsrat gewählt sehen wollte. Erst als in der Presse und vor Gericht sehr viel Gehässigkeiten und Verleumdungen ausgetauscht worden waren – die teilweise jahrzehntelange Animositäten nährten –, Ludwig Marxer auf diese Kandidatur nach reiflicher Überlegung verzichtete und damit auch die Bürgerpartei staatspolitische Verantwortung bewies, konnte sich die Lage entspannen: «Es schien, dass das Staatsschiff nun gut unterwegs war, in ruhigere wirtschaftliche und politische Gewässer zu gelangen.» (Band III, S. 292) – Wie man sich in Bezug auf die Zukunft täuschen kann!

Die Aussenpolitik erwies sich als schwieriges Ringen des Kleinstaats um internationales Gehör. Unter der Hyperinflation der österreichischen Krone ächzten die Lohnempfänger, diese Währung war auch eine zunehmend untragbare Last für den Staatshaushalt. Praktisch war der Schweizer Franken schon lange als inoffizielles Zahlungsmittel üblich – man wollte ihn vor allem in der Kasse haben. Die «Oberrheinischen Nachrichten» meldeten 1920, dass «die Hebammen des Landes beschlossen hätten, nur mehr gegen Franken (20 Franken pro Geburt) ihres Amtes zu walten» (Band II, S. 440). Aber erst im April 1924 wurde der Schweizerfranken gesetzliches Zahlungsmittel in Liechtenstein, Grund war die Koordination seiner Einführung mit dem Abschluss des Zollanschlussvertrags mit der Schweiz. (Wer angesichts der Eurokrise über den Ausstieg eines Landes aus dieser Währung nachdenkt, bekommt hier ein Lehrstück über die Schwierigkeiten und Kosten eines solchen Verfahrens, natürlich unter historisch anderen Bedingungen.)

Der Postvertrag mit der Schweiz war der erste wichtige Schritt der wirtschaftlichen Hinwendung zu unserem westlichen Nachbarland. Nachdem am 2. August 1919 der Zollvertrag mit Österreich für viele überstürzt gekündigt worden war, begannen die Sondierungen mit der Schweiz. Eine wichtige Frage für Liechtenstein war

dabei die zu erhaltende Zollpauschale, die doch den bei weitem grössten Posten in der Einnahmenseite des Staatshaushalts darstellt, während für die Schweiz die geplante Einrichtung einer Spielbank im Land das Problem war. Die Schweiz stellte mehr oder weniger klar, dass ihre Vorgaben zu übernehmen waren. Seit Januar 1922 liefen dann die Verhandlungen, von den Schweizer Stellen relativ wohlwollend geführt, nur das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement war dagegen. Im Entwurf des Vertrags stand auch ein Artikel, der die freie Vieh- ausfuhr gewährleistete «wie von einem Kanton in den anderen». – «Das ist wohl alles, was wir wünschen können», kommentierte Emil Beck, neben Prinz Eduard Verhandlungsführer, sarkastisch.

In Bern machte sich indes Widerstand aus dem Werdenberg bemerkbar; ein Initiativkomitee monierte, die neue Zollgrenze sei ein «seit Menschengedenken von Wilddieben durchstreiftes und dem Schmuggel dienstbares Grenzgebiet» (Band III, S. 129 f.). Der Ständerat beschäftigte sich am 4. Oktober 1923 mit dem Zollanschlussvertrag. Berichterstatter Heinrich Beat Bolli, Mitglied der radikal-demokratischen Fraktion aus Schaffhausen, «begründete die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses mit der wirtschaftlichen Schwäche Liechtensteins und der Verpflichtung des Starken gegenüber dem Schwachen» (Band III, S. 149). Im Nationalrat ergänzte Henri Calame, ein «radical de droite» aus Neuenburg:

«Die Schweiz hat den Ruf eines kleineren Landes als sie selbst vernommen. Es wurde uns in der internationalen Politik eher seltene Gelegenheit angeboten, den Rang der grösseren Macht einzunehmen.» (Band III, S. 152).

Heute, nach einer fast hundertjährigen beidseitigen Erfolgsgeschichte wird man sich solcher Worte mit Respekt und Dankbarkeit erinnern. Beide Räte stimmten dem Vertrag zu, der am 1. Januar 1924 in Kraft trat. Damit, summiert der Verfasser, war die Suche Liechtensteins nach dem richtigen aussenpolitischen und wirtschaftlichen Weg für lange Zeit abgeschlossen.

Quellen, Methoden und Appell an die Lesenden

Quaderers Projekt, dass hier auszugsweise vorgestellt wurde, erforderte auch eine schriftstellerische Grosstat, weil, wie der Autor feststellt, eine umfassende Studie

über diesen Zeitraum der liechtensteinischen Geschichte ausstand. Das bedingte zunächst Recherchen in mehreren Archiven; manche Informationen, die fast wie nebenbei präsentiert werden, lassen ahnen, dass ein halber Tag Arbeit im Archiv dahinter stehen mag. Die Quellenkenntnis des Autors ist einschüchternd. Sie scheint umfassend zu sein und teilweise für nachfolgende Historikergenerationen nicht hintergebar. 6660 Anmerkungen in Endnoten stellen den Bezug des Textes zu diesem Quellenfundus her. So oft wie möglich lässt der Verfasser die Quellen selbst sprechen, um dem Leser ein eigenes Urteil zu ermöglichen. (Immerhin liegen seit Oktober 2015 unter dem Titel «Krieg, Souveränität und Demokratisierung» vom Historischen Verein herausgegebene Dokumente zur liechtensteinischen Geschichte zwischen 1900 und 1930 vor, die eine ausschnittshafte Überprüfung der Darstellung ermöglichen. Quaderer war Mitglied der beratenden Expertenkommission.)

Die Verarbeitung dieser Textmassen zeugt von beträchtlicher gestalterischer Kraft. Die Kapitel werden von prägnanten, richtungsweisenden und zusammenfassenden Einleitungen eröffnet, in den heikleren Fällen durch einordnende Kommentare abgeschlossen. Die Anordnung und Grösse der Kapitel richten sich nach der Bedeutung des jeweiligen Themas, beschränkt natürlich von der Zahl und Qualität der verfügbaren Quellen. Es ist, wie gesagt, mehr oder weniger der Faden der politischen Geschichte, an dem entlang wir durch das Werk geleitet werden. Grundsätzlich scheint aber ein strukturgeschichtliches Schema durch: Innenpolitik, Aussenpolitik, Wirtschaft, Kultur. Eine willkommene Veranschaulichung leisten die annähernd 300 Fotografien und Abbildungen (darunter viele Textdokumente), teilweise aus dem Privatarchiv des Verfassers. Er hat sich auch die Mühe gemacht, die im Text gebotenen Informationen in circa 130 (nicht nummerierten) Tabellen und Grafiken darzustellen.

Und wie liest sich das Buch? Die Sprache ist wissenschaftlich exakt, ohne in fachwissenschaftlichen Jargon abzugleiten. Sie ist allgemein verständlich und flüssig zu lesen. Immer wieder kommt durch die Schilderung von Einzelschicksalen Farbe ins Spiel. Es gelingt dem Verfasser, manche Geschichte auf pfiffige Weise mit einer Pointe abzuschliessen. Diese umfassende Arbeit, deren erklärtes Ziel es ist, «die ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts dem Lesepublikum auf rationaler und

emotionaler Ebene näherzubringen» (Band I, S. 21), ist nicht ohne aufklärerischen und volkspädagogischen Anspruch – sie verdient viele Leserinnen und Leser. Wie mir scheint, verdient das dieses dreibändige Werk auch aus staatsbürgerlichen Gründen. Die Zeit, als unser moderner Staat entstand, als über viele Wege und Umwege die Grundlagen unserer Gegenwart gelegt wurden, ist im kollektiven Wissen der Bevölkerung noch viel zu wenig verankert. Sich dieser Wurzeln bewusst zu werden, sich diese recht eigentlich anzueignen, ermöglicht jetzt dieses Standardwerk von Rupert Quaderer-Vogt. Eine wesentliche Aussage ruft er uns dabei im letzten Satz von Band III in Erinnerung. Hier zitiert er auf Seite 468 Wilhelm Beck mit den Worten:

«Sie sind nicht Untertanen, sondern Sie sind Träger und Mitbildner des Staatswillens.»

Bildnachweis

Lead-Bild auf S. 283: Foto von Silvia Ruppen, Mauren
S. 298: Amt für Kultur, Liechtensteinisches Landesarchiv Vaduz
S. 299: Gemeindearchiv Mauren, Fotosammlung Tschugmell
S. 300: Privatarchiv Rupert Quaderer-Vogt, Schaan
S. 302: Gemeindearchiv Schaan
Diese Abbildungen sind auch in den drei Bänden enthalten.

Anschrift des Autors

lic. phil. Konrad Kindle, Schwefelstrasse 33, FL-9490 Vaduz